



2023

Tätigkeitsbericht



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

der Salzburger Bundesratsmitglieder

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Silvester Gfrerer

David Egger-Kranzinger / Michael Wanner

Marlies Doppler

Salzburg

April 2024

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates	2
1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung	2
1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung	3
1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung	4
2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates	5
2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister	5
2.2 Mitteilungen an EU-Organen	5
2.3 Die Subsidiaritätsrüge	6
2.4 Die Subsidiaritätsklage	7
3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates	7
4. Mandatare	9
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, ÖVP	9
Silvester Gfrerer, ÖVP	13
David Egger-Kranzinger, SPÖ	16
Michael Wanner, SPÖ	19
Marlies Doppler, FPÖ	23
5. Burgenländische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2023	28
5.1 Festakt zur Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes	29
5.2 Tage der offenen Tür im sanierten Parlamentsgebäude	30
5.3 Enquete: Nachdenken über Pflege von morgen	32
5.4 Abschiedsrede Bundesratspräsident Günter Kovacs	36
6. Kärntner Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2023	37
6.1 Bundesratspräsidentin Arpa zum Tag der Kinderrechte	39
6.2 Enquete „Kindern Perspektiven geben“	40
6.3 Vertreterinnen der Frauenhäuser zum gemeinsamen Austausch im Parlament	43
6.4 Abschiedsrede Bundesratspräsidentin Claudia Arpa	44
7. Anfragen des Bundesrates 2023	45
8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2023	51

Einleitung

Dem österreichischen Bundesrat ist im politischen System des Landes eine wichtige Rolle zugeordnet. Er repräsentiert die Bundesländer und vertritt, seiner verfassungspolitischen Funktion nach, deren Interessen auf Bundesebene. Diese Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung stellt einen zentralen Grundpfeiler in einem föderalen politischen System dar.

Nach Artikel 24 der Bundesverfassung übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Die zweite Kammer des österreichischen Parlaments ist somit ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, weshalb die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen eine Kernaufgabe des Bundesrates ist.

Eine zweite parlamentarische Kammer erfüllt im politischen System die Funktion der Qualitätsverbesserung des Gesetzgebungsprozesses und der Repräsentation bestimmter Interessen – in diesem Fall, die Interessen der Bundesländer. Hinter der Funktion der Repräsentation bestimmter Interessen steckt der Gedanke, dass ein demokratisches System Gegengewichte im politischen Willensbildungsprozess bedarf.

Wenngleich die Mitglieder des Bundesrates aufgrund des in Artikel 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag gebunden sind, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete. Wir melden uns im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament, empfangen ausländische Delegationen und nehmen an parlamentarischen Themen-Enqueten und Hearings sowie an Präsidial- und Klubsitzungen teil. Neben diesen vielfältigen Tätigkeiten auf Bundesebene sind wir natürlich auch auf Bezirks- und Gemeindeebene politisch aktiv.

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf unsere Tätigkeiten als Mitglieder der österreichischen Bundesrates und gibt einen Einblick in die zentralen Aufgabenbereiche und Themenfelder der zweiten österreichischen Parlamentskammer.

Allgemein können die Tätigkeiten des österreichischen Bundesrates – ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung – im Internet auf der Homepage des österreichischen Parlaments (<https://www.parlament.gv.at/>) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Neben den Übertragungen im öffentlich rechtlichen Fernsehen können die Sitzungen des Bundesrates auch online über die Parlamentsmediathek nachverfolgt werden. (<https://www.parlament.gv.at/MEDIA/>)

1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates

Allgemein können die innerstaatlichen Kompetenzen des österreichischen Bundesrates nach in drei unterschiedliche Kategorien unterteilt werden:

- Kompetenzen zur Gesetzgebung
- Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung
- Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

An dieser Untergliederung orientieren sich auch die nachstehenden Ausführungen.

1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung

Recht auf Gesetzesinitiativen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 41 Abs. 1 der Bundesverfassung das Recht, Gesetzesvorschläge an den Nationalrat einzubringen. Er kann dies durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch einen Gesetzesantrag eines Drittels seiner Mitglieder tun. Mit Ausnahme von Gesetzen, die auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates abzielen¹, steht der zweiten Kammer das Recht auf Gesetzesinitiative uneingeschränkt zu.

Jede/r Abgeordnete hat das Recht, selbstständige Anträge auf Ausübung der Gesetzesinitiative des Bundesrates zu stellen. Diese müssen jedoch von mindestens drei Bundesräten (einschließlich Antragsteller) unterstützt werden. Dieses Recht steht nach §23 der Geschäftsordnung des Bundesrates auch jedem Ausschuss zu, sofern der Antrag in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand steht.

Über den Antrag auf Gesetzesinitiative hat der Bundesrat mehrheitlich zu beschließen. Wird ein selbstständiger Antrag auf Gesetzesinitiative von mindestens einem Drittel der Bundesräte unterzeichnet oder gemeinsam eingebracht, muss dieser unverzüglich dem Nationalrat zur weiteren Behandlung übermittelt werden, wenn dies von den Unterzeichnern verlangt wird.

Anfechtung von Gesetzen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 140 Abs. 1 B-VG die Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen anzufechten. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ist verpflichtet, auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesverfassungsgesetzen und einfachen Bundesgesetzen zu entscheiden. Die Wahrnehmung dieses Anfechtungsrechtes ist dabei an keine Voraussetzungen gebunden.

Einspruchs- und Zustimmungrechte gegen Gesetzesbeschlüsse

Die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen ist eine Kernaufgabe des Bundesrates. Allgemein besitzt der Bundesrat ein suspensives Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates und nur in bestimmten Fällen kommt ihm ein Zustimmungsrecht zu.

Jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates muss nach Artikel 42 des B-VG unverzüglich dem Bundesrat übermittelt werden. Ein Gesetz kann erst beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat keinen Einspruch erhebt. Ausnahmen bilden Gesetzesbeschlüsse, die die Geschäftsordnung oder die Auflösung des Nationalrates betreffen, sowie bestimmte Finanzgesetze.

Das Verfahren zur Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs im Bundesrat ist dem des Nationalrates sehr ähnlich, diesem jedoch zeitlich nachgelagert. Somit entfällt für den Bundesrat die Möglichkeit, auf den

¹ Diese dürfen nur durch Anträge von Nationalratsabgeordneten novelliert werden. (vgl. §108 GO-NR)

Inhalt des Gesetzestextes Einfluss zu nehmen. Er kann den Gesetzesbeschluss binnen acht Wochen annehmen, ablehnen oder nichts tun.

Lässt der Bundesrat die Acht-Wochen-Frist verstreichen oder nimmt er den Gesetzesentwurf an, kann das Gesetz kundgemacht werden. Lehnt die Länderkammer den Entwurf mittels begründeten Einspruchs ab, muss der Nationalrat nochmals, unter Berücksichtigung des Vetos des Bundesrates, darüber beraten. Neben der Möglichkeit, den Gesetzestext nochmals einem Ausschuss zuzuweisen, besitzt der Nationalrat das Recht, nochmals über den unveränderten Gesetzesentwurf abzustimmen. Für solch einen Beharrungsbeschluss bedarf es eines erhöhten Präsenzquorums von mindestens 50 Prozent der Nationalratsabgeordneten. Gegen einen Beharrungsbeschluss kann der Bundesrat keinen Einspruch mehr erheben. Wird der Gesetzesentwurf jedoch noch einmal überarbeitet, hat die zweite Kammer ein neuerliches Einspruchsrecht.

Einsprüche des Bundesrates haben somit eine aufschiebende Wirkung (suspensives Veto). Der Nationalrat wird dazu gezwungen, seinen Beschluss erneut zu fassen, verhindert wird ein Gesetzesvorhaben dadurch nicht.

In einigen Fällen ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates jedoch zwingend erforderlich (absolutes Veto):

- Änderungen bezüglich der Einrichtung und Zusammensetzung des Bundesrates.
- Verfassungsgesetze, die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung einschränken.
- Beschlüsse in Staatsverträgen, soweit sie Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln.
- Ausführungsgesetze für die die Länder nicht die in Artikel 15 Abs. 6 B-VG angeordnete Mindestdauer zur Erlassung dieser Gesetze haben.
- Bei der Auflösung eines Landtages.

Dieses absolute Vetorecht erfüllt vor allem den Zweck, dass die Länder nicht ohne die Zustimmung des Bundesrates in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

Recht auf eine Volksabstimmung

Nach Artikel 44 Abs. 3 B-VG ist jede Teiländerung der Bundesverfassung vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates dies verlangt. Keinen Einfluss hat der Bundesrat auf die Abhaltung einer Volksabstimmung bei einfachen Bundesgesetzen.

1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung

Obwohl der Bundesrat in der Verfassung als ein Organ der Gesetzgebung verankert ist, besitzt er auch Kompetenzen, um an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken.

Genehmigung von Staatsverträgen

Bei politischen Staatsverträgen und anderen Staatsverträgen, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind und den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, bedarf es der Zustimmung des Bundesrates. Dies gilt auch bei Staatsverträgen, durch die die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden. Zur Beschlussfassung dieser Verträge bedarf es jeweils der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Tangieren politische Staatsverträge und anderen Staatsverträge, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind, den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder nicht, besitzt der Bundesrat lediglich ein suspensives Vetorecht gegen den Genehmigungsbeschluss des Nationalrates.

Auflösung von Landtagen

Nach Artikel 100 B-VG besitzt der Bundesrat, sollte der Bundespräsident auf Antrag des Nationalrates die Auflösung eines Landtages vornehmen, ein Zustimmungsrecht. Dazu bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, wobei Vertreter des Landes, dessen Landtag aufgelöst werden soll, nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

Ernennung von VfGH-Richtern

Die Länderkammer besitzt das Recht, drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied für den VfGH vorzuschlagen. Die Ernennung der Mitglieder des VfGH obliegt danach dem Bundespräsidenten. Er folgt dabei den Vorschlägen der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates.

1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

Der Bundesrat hat sowohl politische als auch rechtliche Möglichkeiten zur Kontrolle der Bundesvollziehung.

Rechtliche Kontrolle

Rechtlich besitzt der Bundesrat die Kompetenz, zu beschließen, dass die Bundesversammlung² zum Zweck der Anklageerhebung gegen den Bundespräsidenten zusammentritt. Der Bundeskanzler hat diese sodann einzuberufen. Verletzt der Bundespräsident nämlich schuldhaft Bundesverfassungsrecht, ist er vor dem VfGH anzuklagen und seines Amtes zu entheben. Der Beschluss der Bundesversammlung muss bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder beider Vertretungskörper mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden.

Politische Kontrolle

Politisch obliegt es dem Bundesrat, wie auch dem Nationalrat, die Geschäftsführung der Regierung zu überprüfen. Dies kann er vor allem mithilfe dieser Instrumente:

- Interpellationsrecht: Schriftliche, mündliche oder dringliche Anfrage an die Mitglieder der Bundesregierung.
- Informations- und Auskunftsrecht: Der Bundesrat kann die Einholung schriftlicher Äußerungen sowie die Anhörung von Auskunftspersonen über Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen, beschließen.
- Resolutionsrecht: Der Bundesrat kann seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in unverbindlichen Entschlüssen Ausdruck verleihen.
- Zitationsrecht: Die Länderkammer kann für ihre Sitzungen oder Sitzungen der Ausschüsse die Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung verlangen.

² Die Bundesversammlung bildet ein drittes parlamentarisches Organ. Sie setzt sich aus den Mitgliedern des National- und Bundesrates zusammen. In erster Linie betreffen ihre Funktionen das Amt des Bundespräsidenten.

2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates

Die EU-spezifischen Mitwirkungsrechte des österreichischen Bundesrates sind formal im Vertrag über die Europäische Union, der österreichischen Bundesverfassung sowie der Geschäftsordnung der Parlamentskammer verankert und ermöglichen eine starke Beteiligung in europäischen Angelegenheiten.

2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister

Nach Artikel 23e B-VG hat der zuständige Bundesminister sowohl den Bundesrat als auch den Nationalrat unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren und muss ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen.

Durch die Verabschiedung einer Stellungnahme hat der österreichische Bundesrat die Möglichkeit, auf die Verhandlungs- und Abstimmungsposition der Regierungsmitglieder im Rat der EU und im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen.

Eine solche Stellungnahme kann für den zuständigen Bundesminister auch bindend sein. Ist dies der Fall, darf die darin formulierte Position bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union nach Artikel 23e Abs. 4 B-VG nur aus zwingenden integrations- und außenpolitischen Gründen vom Bundesminister verlassen werden. Wird dieses Vorhaben dem Bundesrat jedoch mitgeteilt und er widerspricht innerhalb einer angemessenen Frist³ nicht, ist ein Abgehen von der Position des Bundesrates zulässig. Nach der Abstimmung auf europäischer Ebene hat der zuständige Bundesminister dem Bundesrat unverzüglich Bericht zu erstatten.

Die Verabschiedung verbindlicher Stellungnahmen durch den Bundesrat ist auf Vorhaben beschränkt, „[die] auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet [sind], der entweder die Erlassung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen erfordern würde, durch die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung gemäß Artikel 44 Abs. 2 BV-G eingeschränkt wird, oder Regelungen enthält, die nur durch solche Bestimmungen getroffen werden könnten“ (Artikel 23e Abs. 4 B-VG). Der Bundesrat kann somit in allen Angelegenheiten eine bindende Stellungnahme abgeben, in denen ihm auch im innerstaatlichen Rechtssetzungsprozess ein Zustimmungsrecht zustehen würde.

2.2 Mitteilungen an EU-Organe

Der Bundesrat hat, wie der Nationalrat, die Möglichkeit, seinen Standpunkt zu Vorhaben der Europäischen Union durch sogenannte „Mitteilungen“ direkt an EU-Organe zu kommunizieren, wobei die Mitteilungen an jedes beliebige EU-Organ gerichtet werden können.

Durch dieses Mitwirkungsinstrument haben die nationalen Parlamente die Möglichkeit, sehr früh im Gesetzgebungsprozess auf Vorschläge der EU-Organe zu reagieren und im Kontext des politischen Dialogs ihre Anregungen einzubringen. Die Europäische Kommission übermittelt bereits vorlegislative Dokumente wie Grün- und Weißbücher an die nationalen Parlamente, um deren Standpunkte einzuholen. Die Reaktionen auf diese Konsultationsdokumente werden von der Europäischen Kommission berücksichtigt und fließen in den abschließenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Rat ein.

³ In der Bundesverfassung nicht näher erläutert.

2.3 Die Subsidiaritätsrüge

Mit dem parlamentarischen Frühwarnmechanismus des Lissabon-Vertrages wurde den nationalen Parlamenten erstmals ein Mechanismus zur Verfügung gestellt, der die Einflussnahme auf europäische Legislativvorschläge bereits vor der endgültigen Beschlussfassung ermöglicht.

Nach Artikel 4 des Subsidiaritätsprotokolls ist die Europäische Kommission dazu verpflichtet, ihre Entwürfe für Gesetzgebungsakte den nationalstaatlichen Parlamenten zum gleichen Zeitpunkt wie dem Unionsgesetzgeber weiterzuleiten. Dies gilt auch für andere EU-Organe, die einen Gesetzesentwurf einbringen.

Ist ein Gesetzesentwurf nach dem Erachten eines nationalen Parlaments nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, kann eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verabschiedet werden. Darin formuliert das nationale Parlament, oder eine Kammer des Parlaments, die jeweiligen Gründe und Bedenken, warum der Gesetzesentwurf nach ihrer Einschätzung nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Die Frist für die Abgabe einer begründeten Stellungnahme, auch als Subsidiaritätsrüge bezeichnet, beträgt acht Wochen, gerechnet ab der Übermittlung des Gesetzesentwurfs in allen Sprachfassungen der Union.

Inwieweit die EU-Organe auf die Abgabe einer solchen Subsidiaritätsrüge reagieren müssen, hängt von der Anzahl der verabschiedeten begründeten Stellungnahmen ab. Jedes nationale Parlament besitzt zwei Stimmen, wobei in Zweikammersystemen jede der beiden Kammern über eine Stimme verfügt. In Österreich kann somit sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat Subsidiaritätsbedenken artikulieren.

Verfahren der gelben Karte

Wird ein Gesetzesentwurf von mindestens einem Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente mit einer Subsidiaritätsrüge in Form einer begründeten Stellungnahme bedacht, muss der Entwurf vom jeweiligen Organ überprüft werden. Handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, beträgt die Schwelle ein Viertel der Stimmen.

Nach Abschluss der Überprüfung kann das EU-Organ, das den Entwurf vorgelegt hat, beschließen, den Entwurf abzuändern, ihn zurückzuziehen oder an ihm festzuhalten. Die Europäische Kommission, muss den jeweiligen Beschluss jedoch begründen

Verfahren der orangen Karte

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens die einfache Mehrheit aller Stimmen der nationalen Parlamente, ist die Kommission dazu verpflichtet, den Gesetzesvorschlag zu prüfen.

Entschließt sich die Kommission nach Abschluss der Überprüfung, an dem Vorschlag festzuhalten, muss sie in einer begründeten Stellungnahme darlegen, weshalb der Vorschlag ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Diese begründete Stellungnahme der Kommission wird, zusammen mit den begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente, dem Unionsgesetzgeber (Europäisches Parlament und der Rat) vorgelegt. Dieser überprüft vor Abschluss der ersten Lesung unter Berücksichtigung der begründeten Stellungnahmen, ob der Gesetzesvorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht oder nicht.

Sind 55 Prozent der Mitglieder des Rates oder eine Stimmenmehrheit im Europäischen Parlament der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, wird der Gesetzgebungsvorschlag nicht weiter geprüft. Die nationalen Parlamente haben somit im Rahmen des Frühwarnmechanismus die Möglichkeit, einen Gesetzesvorschlag der Kommission mehrheitlich zu blockieren, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei den europäischen Rechtssetzungsbehörden.

Entschließt sich der österreichische Bundesrat beziehungsweise der EU-Ausschuss der Länderkammer zur Verabschiedung einer begründeten Stellungnahme, so hat er die Stellungnahmen der Landtage zu berücksichtigen. Nach der Beschlussfassung hat er die Landtage unverzüglich darüber zu informieren und muss ihnen wiederum Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

2.4 Die Subsidiaritätsklage

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon besitzt jedes nationalstaatliche Parlament, oder je nach Rechtsordnung auch dessen Kammer, die Befugnis, nach Annahme eines Gesetzgebungsaktes auf europäischer Ebene eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union einzubringen. Dieser überprüft nachträglich, ob ein Gesetzgebungsakt gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt oder nicht.

In Österreich sieht Artikel 23h B-VG vor, dass sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat dazu befugt sind, eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union zu erheben. Es ist dabei unerheblich, ob die Subsidiaritätsverletzung innerstaatlich Bundes- oder Landeskompentenzen berührt.

Der Beschluss auf Erhebung einer Subsidiaritätsklage wird im Namen der jeweiligen Kammer durch das Bundeskanzleramt beim Europäischen Gerichtshof eingebracht. Für die Erhebung einer Subsidiaritätsklage gilt eine Frist von zwei Monaten ab dem Erlass des Gesetzgebungsaktes.

3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates

Der österreichische Bundesrat hat derzeit 60 Mitglieder, welche von den Landtagen, entsprechend der Bevölkerungsstärke ihres Bundeslandes, entsendet werden. Die Kreation des Bundesrates erfolgt somit im Hinblick auf die Bevölkerung indirekt. Das Land mit der größten Bürgerzahl nominiert zwölf Mitglieder und jedes andere Land so viele, wie es dem Verhältnis seiner Bürgerzahl zur Bürgerzahl des größten Bundeslandes entspricht. Die proportionale Besetzung der zweiten Kammer ist insofern eingeschränkt, da jedem Land die Vertretung durch zumindest drei Abgeordnete gebührt.

Der Bundesrat hat keine festgeschriebene Mitgliederzahl, da die Anzahl der von jedem Land zu entsendenden Mitglieder nach jeder allgemeinen Volkszählung vom Bundespräsidenten festgesetzt wird.

Die Bundesräte werden von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei mindestens ein Mandat der zweitstärksten Partei zufallen muss. Haben mehrere Parteien die gleiche Anzahl an Sitzen, entscheidet die Zahl der Wählerstimmen bei der letzten Landtagswahl oder letztendlich das Los.

Nach jeder Landtagswahl wird der Bundesrat partial erneuert, weshalb es keine Gesetzgebungsperiode im engeren Sinn gibt. Der Bundesrat tagt somit „in Permanenz“.

Der Vorsitz des Bundesrates wechselt halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge. Als Vorsitzende/r – also Präsident/in – fungiert dabei der/die an erster Stelle entsendete Vertreter/in des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

Neben dem Präsidium spielen vor allem die Ausschüsse des Bundesrates in der interparlamentarischen Aufgabenverteilung eine wichtige Rolle. So geht der Beschlussfassung im Plenum grundsätzlich immer die Vorberatung in einem Ausschuss voran. Damit wird sichergestellt, dass die auf bestimmte Materien spezialisierten Mitglieder des Bundesrates in einem kleineren Kreis offene Sachfragen beraten und verhandeln können.

Neben Fachausschüssen, die für jeden größeren Sachbereich gewählt werden, gibt es noch Ausschüsse, denen spezifische parlamentarische Aufgaben zugewiesen sind. Zu diesem Typ von Ausschuss zählt auch der EU-Ausschuss des Bundesrates, welcher die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union wahrnimmt.

Nach den Ausschussberatungen ist die endgültige Beschlussfassung dem Plenum des Bundesrates vorbehalten. Das Abstimmungsergebnis weicht jedoch nur selten vom Resultat in den jeweiligen Ausschüssen ab, da die Zusammensetzung der Ausschüsse nach Fraktionen die Mehrheitsverhältnisse des Plenums verkleinert widerspiegelt.

Nach Ablauf der Gesetzgebungsperiode eines Landtages, oder nach dessen Auflösung, bleiben die Mitglieder des Bundesrates so lange in Funktion, bis der neue Landtag die Wahl in den Bundesrat vorgenommen hat.

Mitglieder des Bundesrates müssen zum Landtag, der sie entsendet, wählbar sein, diesem aber nicht angehören. Außerdem ist für jeden Bundesrat/jede Bundesrätin ein Ersatz namhaft zu machen, wenn der betreffende Bundesrat/Bundesrätin durch Tod, Verlust oder Verzicht des Mandats ausscheidet.

Die derzeitige Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien sieht wie folgt aus:

PARTEI	ANZAHL DER MANDATE
ÖVP	25
SPÖ	18
FPÖ	10
GRÜNE	6
NEOS	1

Tabelle 1: Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien (Stand: April 2024)

Die einzelnen Bundesländer sind durch folgende Anzahl an Bundesräten im Bundesrat vertreten:

BUNDESLAND	ANZAHL DER BUNDESRÄTE
NIEDERÖSTERREICH	12
WIEN	10
OBERÖSTERREICH	10
STEIERMARK	9
TIROL	5
KÄRNTEN	4
SALZBURG	4
BURGENLAND	3
VORARLBERG	3

Tabelle 2: Auflistung der Anzahl der Bundesräte pro Bundesland (Stand April 2024)

4. Mandatare

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, ÖVP



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 13.09.1961, Vöcklabruck (Oberösterreich)

Beruf: Versicherungsangestellte

POLITISCHE MANDATE

- Präsidentin des Bundesrates
01.07.2020 – 31.12.2020
- Vizepräsidentin des Bundesrates
14.01.2020 – 30.06.2020
- Mitglied des Bundesrates, ÖVP
01.10.2017 –
- Abgeordnete zum Nationalrat (XXIII. GP), ÖVP
30.10.2006 – 27.10.2008

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Vorsitzende der ÖVP Bundesratsfraktion seit November 2023
- Mitglied des Bundespräsidiums des Österreichischen Seniorenbundes seit 2019
- Mitglied der Landesvorstandes des Salzburg Seniorenbundes seit 2010
- Mitglied des Bezirksvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg-Umgebung
- Mitglied des Landesvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg seit 2011
- Bezirksobfrau des Seniorenbundes Salzburg-Umgebung seit 2016
- Landesobfrau-Stellvertreterin des Seniorenbundes Salzburg seit 2016

- Mitglied des Gemeinderates der Marktgemeinde Wals-Siezenheim 1999–2014
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg
- Mitglied des Bezirkspartei Vorstandes der ÖVP Salzburg-Umgebung seit 2006
- Mitglied des Salzburger Landesvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) seit 2003
- Mitglied des Bezirksvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) Salzburg-Umgebung seit 2003

AUSSCHÜSSE

Vorsitzende

- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (06.11.2023)

Mitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (21.06.2023)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (13.07.2023)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (29.01.2024)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (21.06.2023)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

<u>964. Sitzung (14.03.2024) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesministerin für Justiz "Versagen der grünen Ministerin auf allen Ebenen" (4163/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung (15.02.2024) des Bundesrats</u>	<u>Bundes-Verfassungsgesetz und Informationsfreiheitsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Kinderbetreuungsgeldgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Klimabonusgesetz – KliBG</u>	<u>Protokoll</u>
<u>961. Sitzung (20.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, Arbeitsmarktservicegesetz und Ausbildungspflichtgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung (07.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Nachtschwerarbeitsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung (07.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler umfassendes Reformpaket für leistbares Wohnen (4134/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>959. Sitzung (08.11.2023) des Bundesrats</u>	<u>Gehaltsgesetz 1956 und Vertragsbedienstetengesetz 1948</u>	<u>Protokoll</u>

<u>959. Sitzung (08.11.2023) des Bundesrats</u>	<u>Ehrenzeichengesetz – EhrenzeichenG und Militärauszeichnungsgesetz 2002</u>	<u>Protokoll</u>
<u>958. Sitzung (05.10.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesministerin für Justiz "Gewaltschutz als gesellschaftlicher Auftrag: Wie wir die Gewaltspirale durchbrechen."</u>	<u>Protokoll</u>
<u>957. Sitzung (13.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2023</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung (12.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Frauen-Schutzunterkunfts-Vereinbarung – FSchVE</u>	<u>Protokoll</u>
<u>955. Sitzung (29.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "Nachhaltig Bauen energie:bewusst Schule leben"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>954. Sitzung (07.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundespflegegeldgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport „Frauenförderung & Gleichstellung in Sport und Kultur“</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar!" (4096/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>HinweisgeberInnenschutzgesetz – HSchG, Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, Vertragsbedienstetengesetz 1948 u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "Kinderbildung und Kinderbetreuung für alle - wann handeln Sie endlich, Herr Minister?" (4074/J-BR/2023)</u>	

Silvester Gfrerer, ÖVP



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Geb.: 15.09.1959, Großarl (Salzburg)

Beruf: Landwirt

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, ÖVP
13.06.2018–

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg seit 2018
- Mitglied des Bezirksparteipräsidiums der ÖVP Pongau
- Mitglied des Gemeindepartei Vorstandes der ÖVP
- Bezirksobermann des Bauernbundes Sankt Johann im Pongau seit 2009
- Obmann der Bezirksbauernkammer Pongau seit 2010

AUSSCHÜSSE

Schriftführer

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (11.07.2023)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (11.07.2023)

Mitglied

- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (21.06.2023)

- Finanzausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Umweltausschuss des Bundesrates (21.06.2023)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (21.06.2023)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (21.06.2023)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Justizausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

<u>964. Sitzung (14.03.2024)</u> <u>des Bundesrats</u>	<u>Allgemeines Sozialversicherungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023)</u> <u>des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft</u> <u>"Maßnahmen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und unsere Regionen"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023)</u> <u>des Bundesrats</u>	<u>Kraftfahrliiniengesetz</u>	<u>Protokoll</u>

<u>961. Sitzung (20.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Gemeinnützigkeitsreformgesetz 2023 – GemRefG 2023</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung (07.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Rettungs- und Zivilschutzorganisationen- Unterstützungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>959. Sitzung (08.11.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 und ASFINAG- Gesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>959. Sitzung (08.11.2023) des Bundesrats</u>	<u>Forstgesetz 1975</u>	<u>Protokoll</u>
<u>958. Sitzung (05.10.2023) des Bundesrats</u>	<u>Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung (12.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundes-Krisensicherheitsgesetz sowie Bundes- Verfassungsgesetz, Wehrgesetz 2001 und Meldegesetz 1991</u>	<u>Protokoll</u>
<u>954. Sitzung (07.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Abfallwirtschaftsgesetz 2002</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>41. KFG-Novelle</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar!" (4096/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>

David Egger-Kranzinger, SPÖ

08.07.2020 bis 13.06.2023



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 07.03.1987, Oberndorf bei Salzburg (Salzburg)

Beruf: Mitglied des Bundesrates

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ
08.07.2020 – 13.06.2023
- Abgeordneter zum Landtag seit 14.06.2023

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee seit 4.4.2019
- Mitglied der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee 2014–2019

AUSSCHÜSSE

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)

Schriftführer

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)

Mitglied

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–13.06.2023)

- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021– 13.06.2023)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021– 13.06.2023)

Ersatzmitglied

- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (21.06.2023)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (21.06.2023)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (21.06.2023)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (21.06.2023)
- Finanzausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (21.06.2023)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (21.06.2023)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

<u>954. Sitzung (07.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Abfallwirtschaftsgesetz 2002</u>	<u>Protokoll</u>
<u>953. Sitzung (11.05.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar!" (4096/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar!" (4096/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Inneres "Asylbremse - die Maßnahmen zeigen Wirkung"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>948. Sitzung (20.12.2022) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Einführung eines Gas- und Strompreiskegels - wann ist es endlich soweit, Herr Bundeskanzler?" (4064/J-BR/2022)</u>	<u>Protokoll</u>

Michael Wanner, SPÖ

seit 14.06.2023



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Geb.: 08.02.1964, Innsbruck

Beruf: Magistratsbeamter

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ
14.06.2023-
- Mitglied des Bundesrates, SPÖ
21.03.2018-07.07.2020
- Vizepräsident des Bundesrates
19.12.2019-07.07.2020

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Abgeordneter zum Salzburger Landtag, Klubvorsitzender 8.7.2020-14.6.2023
- Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr der Landeshauptstadt Salzburg 2004-2018
- Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Salzburg 1999-2018
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der SPÖ Salzburg 2013-2023
- Mitglied des Bezirkspartei Vorstandes der SPÖ Salzburg
- Bezirkspartei vorsitzender der SPÖ Salzburg 2013-2021
- Vorsitzender der Sektion Maxglan der SPÖ 1992-2013

AUSSCHÜSSE

Schriftführer

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (27.06.2023)

Mitglied

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (20.06.2023)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (20.06.2023)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (20.06.2023)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (20.06.2023)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (20.06.2023)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (20.06.2023)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (20.06.2023)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft des Bundesrates (20.06.2023)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (20.06.2023)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (20.06.2023)
- Finanzausschuss des Bundesrates (20.06.2023)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (20.06.2023)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (20.06.2023)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (13.07.2023)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion/Arman Rastegar

<u>964. Sitzung (14.03.2024) des Bundesrats</u>	<u>Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern- Sozialversicherungsgesetz und Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung (15.02.2024) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport "Weichenstellungen moderner Sportpolitik: Frauenförderung, Inklusion, tägliche Bewegungseinheit und ein Rekordbudget für den Spitzen- und den Breitensport"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Emissionszertifikatengesetz 2011 und CBAM- Vollzugsgesetz 2023 – CBAM-VG 2023</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Kontroll- und Digitalisierungs- Durchführungsgesetz, Tierseuchengesetz, Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung (21.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Zielsteuerung-Gesundheit</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung (07.12.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesministerin für Landesverteidigung „Investitionen in die österreichischen Luftstreitkräfte“</u>	<u>Protokoll</u>
<u>959. Sitzung (08.11.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundesgesetz zur Errichtung der Stiftung Forum Verfassung</u>	<u>Protokoll</u>

<u>958. Sitzung (05.10.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundesgesetz über einen Zuschuss an die Länder zur Finanzierung einer Gebührenbremse</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung (12.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung</u>	<u>Protokoll</u>

Marlies Doppler, FPÖ



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Geb.: 23.06.1963, Salzburg

Beruf: Sachbearbeiterin

POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, FPÖ
13.06.2018 –
- Schriftführerin des Bundesrates
14.04.2023 –

POLITISCHE FUNKTIONEN

- Abgeordnete zum Salzburger Landtag 2013–2018
- Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Salzburg 1999–2004
- Mitglied der Bundesparteileitung der FPÖ seit 2013
- Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1999
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Landesparteiobfrau-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2016
- Mitglied des Landespartei Vorstandes der FPÖ Salzburg seit 2005
- Bezirksparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2010
- Mitglied der Bezirksparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1998
- Ortsparteiobfrau der Ortsgruppe Taxham seit 1998
- Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Seniorenrings seit 2017
- Landesobfrau des Salzburger Seniorenrings seit 2016
- Mitglied des Salzburger Kollegiums des Landesschulrates 2002–2004

- Mitglied des Kollegiums des Bezirksschulrates von Salzburg 1997–2004

AUSSCHÜSSE

Schriftführerin

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (27.06.2023)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (11.07.2023)

Mitglied

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.06.2023)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (27.06.2023)
- Justizausschuss des Bundesrates (27.06.2023)
- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (13.07.2023)

Ersatzmitglied

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.06.2023)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Umweltausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (23.06.2023)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (27.06.2023)

REDEN IN PLENARSITZUNGEN

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

<u>964. Sitzung</u> <u>(14.03.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Sozialhilfe-Grundsatzgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>964. Sitzung</u> <u>(14.03.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Veterinärrechtsnovelle 2024</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung</u> <u>(15.02.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage BM für Klimaschutz,</u> <u>Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und</u> <u>Technologie betreffend ÖVP-Grüne</u> <u>Bundesregierung als Pendlerschreck durch</u> <u>Verteuerung des Individualverkehrs und</u> <u>Missmanagement des öffentlichen Verkehrs</u> <u>(4152/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>963. Sitzung</u> <u>(15.02.2024) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage BM für Klimaschutz,</u> <u>Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und</u> <u>Technologie betreffend ÖVP-Grüne</u> <u>Bundesregierung als Pendlerschreck durch</u> <u>Verteuerung des Individualverkehrs und</u> <u>Missmanagement des öffentlichen Verkehrs</u> <u>(4152/J-BR/2024)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung</u> <u>(21.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Bundesgesetz über finanzielle Maßnahmen zur</u> <u>Sicherstellung der Verfügbarkeit von</u> <u>Arzneimitteln und Gesundheits- und</u> <u>Ernährungssicherheitsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>

<u>962. Sitzung</u> <u>(21.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>gemeinsame Förderung der 24-Stunden-</u> <u>Betreuung</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung</u> <u>(21.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>gemeinsame Förderung der 24-Stunden-</u> <u>Betreuung</u>	<u>Protokoll</u>
<u>962. Sitzung</u> <u>(21.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Kinderbetreuungsgeldgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>961. Sitzung</u> <u>(20.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Gesellschaftsrechtliches Digitalisierungsgesetz</u> <u>2023 – GesDigG 2023</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung</u> <u>(07.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Bundesgesetz über die Förderung des</u> <u>qualitätvollen Journalismus in Medien des</u> <u>Print- und Online-Bereichs,</u> <u>Presseförderungsgesetz 2004, u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>960. Sitzung</u> <u>(07.12.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Bundespflegegeldgesetz und Arbeits- und</u> <u>Sozialgerichtsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>958. Sitzung</u> <u>(05.10.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesministerin für Justiz</u> <u>"Gewaltschutz als gesellschaftlicher Auftrag:</u> <u>Wie wir die Gewaltspirale durchbrechen."</u>	<u>Protokoll</u>
<u>958. Sitzung</u> <u>(05.10.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage "Was haben die Grünen</u> <u>gegen Sie in der Hand, Herr Bundeskanzler?"</u>	<u>Protokoll</u>
<u>957. Sitzung</u> <u>(13.07.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>EU-Umgründungsgesetz – EU-UmgrG,</u> <u>Gesellschaftsrechtliches Mobilitätsgesetz –</u> <u>GesMobG</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung</u> <u>(12.07.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>ORF-Gesetz, Fernmeldegebührenordnung,</u> <u>Fernsprechentgeltzuschussgesetz u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung</u> <u>(12.07.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Barrierefreiheitsgesetz,</u> <u>Sozialministeriumservicegesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung</u> <u>(12.07.2023) des</u> <u>Bundesrats</u>	<u>Primärversorgungsgesetz und Allgemeines</u> <u>Sozialversicherungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>

<u>956. Sitzung (12.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Primärversorgungsgesetz und Allgemeines Sozialversicherungsgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>956. Sitzung (12.07.2023) des Bundesrats</u>	<u>Terrorinhalte-Bekämpfungsgesetz und KommAustria-Gesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>955. Sitzung (29.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs- Gesetz-LWA-G</u>	<u>Protokoll</u>
<u>954. Sitzung (07.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bundespflegegeldgesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>954. Sitzung (07.06.2023) des Bundesrats</u>	<u>Aktuelle Stunde Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft „Unterstützung der Lieferkettenforschung für einen starken, resilienten Standort“</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar!" (4096/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, u.a.</u>	<u>Protokoll</u>
<u>952. Sitzung (14.04.2023) des Bundesrats</u>	<u>Bericht des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend EU-Jahresvorschau 2023</u>	<u>Protokoll</u>
<u>951. Sitzung (16.03.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundeskanzler Österreich 2023 - Dringliche Anfrage zur Zukunft von Bundeskanzler Karl Nehammer (4089/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>Heimopferrentengesetz</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesministerin für EU und Verfassung "Schluss mit Warten auf EU- Lösungen, Frau Edtstadler! Endlich handeln oder Rücktritt!" (4073/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>
<u>950. Sitzung (16.02.2023) des Bundesrats</u>	<u>Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "Kinderbildung und Kinderbetreuung für alle - wann handeln Sie endlich, Herr Minister?" (4074/J-BR/2023)</u>	<u>Protokoll</u>

5. Burgenländische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2023



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Am 1. Jänner 2023 übernahm der Burgenländer Günter Kovacs für ein halbes Jahr den Vorsitz im Bundesrat. Seine Präsidentschaft stand unter dem Motto: Pflege und Gesundheit leistbar, qualitativ und wohnortnah sicherstellen.

Es sei eine enorme Herausforderung eine leistbare, qualitative und wohnortnahe Versorgung der Menschen in den Bereichen Pflege und Gesundheit sicherzustellen, betonte Kovacs anlässlich seiner Vorsitzübernahme im Bundesrat. Sein Ziel sei es daher, die Themen Pflege und Gesundheit noch stärker in den Fokus zu rücken. Im Bereich der Pflege sprach sich Kovacs für innovative und nachhaltige Konzepte sowie für einen österreichweiten Zukunftsplan aus, der echte Lösungen für die Betroffenen und ihre Familien beinhalte. Auch zur Absicherung der Gesundheitsversorgung seien neue Modelle und Initiativen besonders für den ländlichen Raum erforderlich, betonte er. Pflegebedürftige Menschen müssten sich darauf verlassen können, dass sie die bestmögliche Pflege bekommen.

Auch sei die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum eine große Herausforderung. Es brauche genügend Ärztinnen und Ärzte, sowohl im stationären als auch im niedergelassenen Bereich. In seiner Antrittsrede strich Kovacs in diesem Zusammenhang die Bedeutung starker Länder und eines starken Bundesrates als Stimme für die Länder und für die Menschen hervor.

Der Föderalismus sei Garant dafür, dass keine Region zurückgelassen werde, zeigte er sich überzeugt. Politik funktioniere zudem besser, wenn man nahe bei den Menschen sei und wisse, „wo wirklich der Schuh drückt“, fuhr Kovacs fort. Gerade in Krisenzeiten seien Empathie und Menschlichkeit gefragt. Angesichts steigender Mieten und Energiepreise dürfe sich die Politik „nicht verstecken“ und müsse „vom Reden ins Tun kommen“, zeigte sich Kovacs überzeugt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaft folgte aus der Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes. Es sei erfreulich, dass bei der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes auch einer weiteren Öffnung des Hauses Rechnung getragen wurde, lobte Kovacs. Es sei wichtig, dass das

Vertrauen in die demokratischen Institutionen Österreichs gestärkt werde. Das gelte ganz besonders für den zentralen Ort der Demokratie, das Parlament, sagte Kovacs weiter. Seine Antrittsrede hielt Kovacs schon im sanierten Parlamentsgebäude. Dabei kündigte er bereits die geplante parlamentarische Enquete an, die – im Einklang mit dem Präsidentschaftsmotto Pflege und Gesundheit leistbar, qualitativ und wohnortnah sicherstellen – die Zukunftsmodelle im Pflegebereich beleuchten werde.

Seine Rede nahm er auch zum Anlass, um seiner Vorgängerin Korinna Schumann, für die engagierte Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022 sehr herzlich zu danken. Er werde in seiner Vorsitzführung das Miteinander, das für die Lösung großer und schwieriger Aufgaben erforderlich ist, in den Vordergrund rücken, versicherte Kovacs.

5.1 Festakt zur Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Mit einem großen Festakt wurde am 12. Jänner 2023 das generalsanierte Parlamentsgebäude eröffnet. Neben den Spitzen der österreichischen Politik, allen voran Bundespräsident Alexander Van der Bellen, waren zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland zum Festakt anlässlich der Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes eingeladen, das nach fünf Jahren Renovierungsarbeiten erstmals wieder seine Tore öffnete.

Alle Rednerinnen und Redner wiesen in ihren Ansprachen auf die Notwendigkeit eines respektvollen Miteinanders hin und setzten sich für die Stärkung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen ein. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka äußerte in seiner Ansprache den Wunsch, dass sich alle von der Wirkung des Hauses im politischen Agieren leiten und begleiten lassen. Es sei notwendiger

denn je, dass „unser Denken, Reden und Handeln von gegenseitigem Respekt“ und Wertschätzung geprägt seien, betonte er.

Die Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures gab zu bedenken, dass es nach der Sanierung des Parlamentsgebäudes umso mehr um die „Sanierung des Vertrauens in die Demokratie und ihre Institutionen“ gehen müsse. Sie sprach sich für mehr Empathie und Respekt sowie die Achtung der Meinungsvielfalt aus.

Bundesratspräsident Günter Kovacs begrüßte die weitere Öffnung des Hauses und bezeichnete die Sanierung – auch im Gedenken an die frühere Nationalratspräsidentin Barbara Prammer – als ein „klares Signal für den Parlamentarismus“.

5.2 Tage der offenen Tür im sanierten Parlamentsgebäude

An zwei Tagen der offenen Tür hatten Interessierte erstmals die Möglichkeit, das sanierte Parlamentsgebäude aus nächster Nähe zu betrachten. Auch der neue Bundesratssaal war Teil des Besichtigungsprogramms, worüber sich Bundesratspräsident Günter Kovacs besonders erfreut zeigte.



© Parlamentsdirektion / Arman Rastegar

Über fünf Jahre war das historische Parlamentsgebäude aufgrund seiner Sanierung für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Entsprechend groß war der Andrang der Besucherinnen und Besucher, als das Hohe Haus am 14. und 15. Jänner 2023 erstmals wieder seine Tore öffnete. Bei einem Rundgang durch das Gebäude gab es die Gelegenheit, die rundum erneuerten Sitzungssäle des Nationalrates und des Bundesrates und andere Räumlichkeiten des Hohen Hauses in Augenschein zu nehmen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer, Bundesratspräsident Günter Kovacs und Parlamentsdirektor Harald Dossi hießen die Gäste willkommen.

Kovacs: Vielfältige Möglichkeiten für Besucherinnen und Besucher Bundesratspräsident Günter Kovacs wies auf die vielfältigen neuen Möglichkeiten für Besucherinnen und Besucher hin: „Im Zuge der Generalsanierung des historischen Parlamentsgebäudes hat die weitere Öffnung des Hauses, des

zentralen Orts der Demokratie in Österreich, eine große Rolle gespielt. Besucherinnen und Besucher haben noch mehr Möglichkeiten, am parlamentarischen Leben teilzuhaben. Auch die Tage der offenen Tür im wiedereröffneten Parlamentsgebäude stehen ganz im Zeichen dieser Öffnung, womit Demokratie und Parlamentarismus sowie damit verbundene Werte vermittelt werden können“, so Kovacs.

Auf ihrer Erkundungstour durch das Parlamentsgebäude konnten die Besucherinnen und Besucher die Sitzungssäle von Nationalrat, Bundesrat und Bundesversammlung ebenso besichtigen wie die Amtsräume der Präsidentinnen und Präsidenten von Nationalrat und Bundesrat. In der Säulenhalle gab es die Möglichkeit, mit Vertreterinnen und Vertretern aller Parlamentsfraktionen zusammenzutreffen. Anschließend führte der Rundgang durch das Plenarium unter der neu errichteten Glaskuppel, wo ein speziell angefertigtes Philatelie-Set der Österreichischen Post AG und die 5-Euro-Demokratiemünze der Münze Österreich AG angeboten werden. Im Erdgeschoß wartete neben dem neu errichteten (Untersuchungs-)Ausschusslokal und der Bibliothek ein weiteres Highlight: das neue Besucher:innenzentrum „Demokratikum – Erlebnis Parlament“.

Im neuen Bundesratssaal griff der Bundesratspräsident sogar selbst zum Mikrofon, um die Besucherinnen und Besucher über die Arbeit des Bundesrates zu informieren. Er sei stolz auf die neuen Räumlichkeiten, unterstrich Kovacs. Für ihn sei der Budgetsaal – abgesehen vom historischen Sitzungssaal – der schönste Raum des Gebäudes, sagte er.



© Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger



Alle Fotos von den
Tagen der offenen Tür:
Parlament verbindet. –
[das.fotovonzinner.com](https://www.das.fotovonzinner.com)

5.3 Enquete: Nachdenken über Pflege von morgen



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

In einer parlamentarischen Enquete, zu der Bundesratspräsident Günter Kovacs einlud, diskutierten Rednerinnen und Redner sowie Expertinnen und Experten über die Zukunft der Pflege und Maßnahmen zur Lösung des Personalmangels. Angesichts der großen Herausforderungen und der zahlreichen Betroffenen müssen neue, innovative Wege im Bereich der Pflege besprochen werden, unterstrich Bundesratspräsident Günter Kovacs.

Während zu Beginn der Veranstaltung mit Gesundheitsminister Johannes Rauch, dem burgenländischen Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil und der niederösterreichischen Landesrätin Susanne Rosenkranz vor allem die politischen Analysen und mögliche Reformkonzepte im Mittelpunkt standen, wurden im zweiten Teil die zukünftigen Herausforderungen für den Sektor Pflege aus Sicht von Vertreter:innen von Organisationen wie dem Roten Kreuz und dem Samariterbund sowie von Angehörigen von Gesundheits- und Sozialberufen beleuchtet.

Gesundheitsminister Johannes Rauch plädierte dafür, nicht nur auf die „unglaublich großen“ Herausforderungen im Bereich Pflege zu schauen, sondern auch die damit verbundenen Chancen zu erkennen. Grundsätzlich hielt er es für wichtig, die auf den verschiedenen Ebenen bestehenden Grenzen zwischen Gesundheit und Pflege aufzulösen und die Systeme als Ganzes zu denken. Es mache nämlich keinen Sinn, wenn ältere Menschen nur deshalb sehr lange in den Spitälern bleiben müssten, weil in Alten- und Pflegeheimen aufgrund von Personalmangel Stationen geschlossen seien. Deshalb engagiere er sich dafür, dass die verschiedenen Bereiche bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich "zusammengedacht" werden.

Im Zuge dessen soll auch das bereits vor einigen Monaten in die Wege geleitete Pflegereformpaket dauerhaft abgesichert werden. Damit soll es gelingen, die Gehälter langfristig zu erhöhen, die Ausbildung zu attraktivieren und die Pflegestipendien fortzuführen. Diese Maßnahmen seien jedoch nur erste Schritte, weitere müssten folgen, betonte Rauch. Neben der

Erschließung von neuen Wegen wie etwa dem Einsatz von Community Nurses müsse immer darauf geachtet werden, dass angemessene Pflege mehr bedeute als "satt und sauber". Es brauche vor allem die menschliche Zuwendung, die immer im Fokus stehen müsse und durch nichts ersetzt werden könne. Einen höheren Stellenwert wolle er der Vorsorge und der Nachsorge einräumen, die derzeit noch zu wenig Beachtung finden.

Rauch wies darauf hin, dass der Pflegesektor, für den derzeit 6,7 Mrd. € an gesamtstaatlichen Mitteln aufgebracht werden, allein aufgrund der demographischen Entwicklung mit Kostensteigerungen in der Höhe von 7 % bis 10 % pro Jahr konfrontiert sein werde. Diese Ausgaben sollten aus seiner Sicht aber weniger als Kosten, sondern als Investments in die Zukunft betrachtet werden, appellierte der Minister. Die Schlüsselfrage liege aber sicherlich darin, wie man ausreichend Personal für den Pflegesektor rekrutieren könne. Mittlerweile sei in der EU ein „fulminanter Wettlauf“ im Gange, um Pflegepersonal außerhalb von Europa anzuwerben. „Wenn wir da nicht in die Gänge kommen, werden wir verlieren“, warnte Rauch. Es müssten daher die Rahmenbedingungen deutlich verbessert und vor allem eine Willkommenskultur etabliert werden, die den Menschen das Gefühl gebe, sich in Österreich zu Hause zu fühlen.



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Der burgenländische Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil analysierte die Entwicklungen im Pflegesektor in den letzten 20 Jahren. Nachdem es zu diversen Vorfällen und Missständen gekommen sei, wurde das Modell der 24-Stunden-Betreuung legalisiert, erinnerte er. Dass man mit diesem Instrument nicht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sei, habe man schon allein während der Pandemie gesehen, als viele ausländische Betreuungskräfte nicht mehr nach Österreich kommen konnten. Außerdem sei die Tätigkeit vieler Vermittlungsagenturen als sehr kritisch einzustufen, da sie auf dem Rücken der Betroffenen Gewinne machen würden. Es sei eine Tatsache, dass die große Mehrheit der Menschen auch im Alter in ihrem gewohnten Umfeld bleiben wollen, stellte Doskozil fest. Dafür müssten aber die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Im Burgenland habe man etwa eine Anstellungsmöglichkeit für pflegende bzw. betreuende Angehörige geschaffen, was sehr gut angenommen werde. Er sei sich jedoch bewusst darüber, dass dieses Modell

weiterentwickelt werden müsse, vor allem was die Harmonisierung mit anderen Sozialleistungen und die Anpassung an individuelle Lebenssituationen betreffe.

Für ihn gelte vor allem der Grundsatz, dass Pflege gemeinnützig sein müsse, was im Burgenland auch in der Struktur der Pflegeheime zum Ausdruck komme, erläuterte Doskozil. Er hielt es für mehr als fragwürdig, dass in Österreich Aktiengesellschaften Pflegeheime betreiben könnten. Es sei aus seiner Sicht auch nicht sinnvoll, wenn in kleineren Gemeinden mehrere Pflegeanbieter tätig seien. Ziel sei es, dass pro 4.000 Einwohner:innen eine organisatorische und infrastrukturelle Einheit errichtet werde, die alle Aufgabenbereiche von der mobilen Pflege bis zum betreuten Wohnen abdecke. Damit soll überdies ein sozialer Treffpunkt geschaffen werden, wo vor Ort gemeinsam etwa auch "Essen auf Rädern" konsumiert werden könne. Was die Personalfrage angeht, so werde es ein aktives Bemühen und eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften brauchen, zeigte sich der Landeshauptmann überzeugt. Zusätzlich habe man sich im Burgenland dazu entschieden, allen Personen, die sich noch in Ausbildung befinden, einen fixen Arbeitsplatz sowie eine Entschädigung von 1.200 € schon während der Ausbildungsphase anzubieten.

Die niederösterreichische Landesrätin Susanne Rosenkranz stimmte mit ihren Vorrednern darin über, dass die demographische Entwicklung zu massiven Problemen im Pflege- und Gesundheitswesen führen werde. Die Qualität eines gesellschaftlichen und politischen Systems zeige sich ihrer Meinung daran, wie man mit alten und kranken Menschen sowie mit Kindern umgehe. Vorrangiges Ziel müsse es sein, selbstbestimmt und in Würde zu leben, und das auch im Alter. Da dieses Prinzip nicht leicht zu verwirklichen sei, dürfe es keine Denkverbote geben, betonte Rosenkranz. Grundsätzlich gelte für sie das Motto "privat vor stationär", also so viel und so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können. Sollte das nicht mehr möglich sein, dann müsse es adäquate stationäre Angebote geben. Im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen soll daher gewährleistet werden, dass für all diese Maßnahmen ausreichend budgetäre Mittel vorhanden seien. Das Land Niederösterreich sei bereits tätig geworden und stelle zusätzlich 47 Mio. € pro Jahr für die Förderung der Pflege in den eigenen vier Wänden zur Verfügung, zeigte Rosenkranz auf.

Derzeit würden über 460.000 Menschen Pflegegeld beziehen, informierte die Landesrätin, sie sehe das als große Verantwortung und als Auftrag für alle Entscheidungsträger in der Sozialpolitik. Nachdem ein Großteil der pflegebedürftigen Personen zu Hause betreut werde, dürfe man nicht auf die Angehörigen vergessen, die weiter entlastet werden müssten. Dies gelte auch im finanziellen Bereich, wo aufgrund der stark gestiegenen Kosten ein voller Inflationsausgleich sichergestellt werden soll. Um den Personalmangel zu begegnen, müsse nach Einschätzung von Rosenkranz das Image des Pflegeberufs deutlich verbessert werden. Sie habe den Eindruck, dass die vor Jahren eingeleitete Akademisierung eher negative Auswirkungen gezeitigt hätte. Natürlich brauche es auch eine Anpassung der Gehälter und attraktivere Arbeitsbedingungen, unterstrich die Landesrätin. Viel erwarte sie sich von der Einführung der Pflegelehre, weil damit jungen Menschen der Berufseinstieg ermöglicht werde. In Niederösterreich wolle man zudem ein Modell zur Anstellung von Auszubildenden in der Pflege entwickeln.

Mit welchen Herausforderungen ist der Pflegebereich konfrontiert und wie sieht die Zukunft der Pflege aus NGO-Perspektive aus? Um diese Fragen ging es im zweiten Teil der heutigen Pflege-Enquete des Bundesrats, in dem unter anderem Vertreter:innen des Roten Kreuzes und des Samariterbundes, Pflegeexpert:innen aus verschiedenen Bereichen und Vertreter:innen pflegender Angehöriger zu Wort kamen.

Man müsse in den Pflegebereich investieren, um Pflegepersonal zu halten und neues Personal zu gewinnen, so der allgemeine Tenor der Referent:innen. Dazu brauche es neben höheren Gehältern weitere Attraktivierungsmaßnahmen. Außerdem wurden höhere Förderungen für die 24-Stunden-

Betreuung, die gezielte Anwerbung von Pflegekräften aus Drittstaaten, der Ausbau von Pflegeangeboten im ländlichen Raum, etwa in Form von Pflegepraxen, die Förderung freiberuflich tätiger diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger:innen, die Etablierung von "School-Nurses" und Wahlmöglichkeiten für pflegebedürftige Personen als Anliegen genannt. Manfred Pallinger, im Sozialministerium für den Bereich Langzeitpflege zuständig, sprach sich für eine Überarbeitung der mittlerweile 30 Jahre alten Bund-Länder-Vereinbarung zur Pflegefinanzierung aus.

Zur Zukunft der Pflege aus NGO-Perspektive sprachen Franz Schnabl, Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes Österreich, und Petra Schmidt vom Österreichischen Roten Kreuz. Beide Organisationen bieten auch Pflegeleistungen an. Es sei wichtig, dass alle Menschen Zugang zu Pflege in bester Qualität haben, das dürfe nicht vom Einkommen abhängen, betonte Schnabl. Dazu brauche es aber entsprechende finanzielle Mittel. So wie bisher könne es nicht weitergehen.

Einen besonderen Fokus richtete Schnabl auf die Gesundheit der Mitarbeiter:innen im Pflegebereich. Um bestehendes Personal zu halten, brauche es nicht nur mehr Gehalt, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mahnte er. So habe eine während der Corona-Pandemie durchgeführte Studie gezeigt, dass die Hälfte des Pflegepersonals an einen Ausstieg denke. Auch betrage die durchschnittliche Verweildauer im Beruf nur sechs bis zehn Jahre. Konkret drängte Schnabl etwa auf einen bundesweit einheitlichen adäquaten Personalschlüssel in Alten- und Pflegeheimen, um Überforderung zu vermeiden. Auch bei den Arbeitszeiten kann man seiner Meinung nach ansetzen, was der Samariterbund bereits getan habe.

Ausdrücklich begrüßt wurde von Schnabl und Schmidt die als Entlastungswoche konzipierte sechste Urlaubswoche für Pflegepersonal, wobei Schmidt bedauerte, dass Sozialbetreuungsberufe, also etwa Heimhilfen, nicht umfasst sind.

Im letzten Teil der Enquete des Bundesrates zum Thema Pflege zogen die Vorsitzenden der Bundesratsfraktionen ein Resümee der heutigen Beiträge der Redner:innen und Expert:innen, deren Problemanalysen zahlreiche Parallelen aufwiesen. Die Schlüsselfrage werde in der ausreichenden Rekrutierung von Personal liegen, waren sich alle einig, ohne gezielte Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland werde es aufgrund der demographischen Entwicklung wohl nicht gehen. Parallel dazu müssten aber die Rahmenbedingungen deutlich verbessert und das Berufsbild attraktiviert werden. Vor den Stellungnahmen der Bundesrät:innen und der anschließenden allgemeinen Diskussion hielt noch der Inhaber der John Harris-Fitnesszentren Ernst Minar einen Vortrag mit dem Titel "Gesunde Jahre bis ins hohe Alter", in dem er die zahlreichen positiven Effekte von regelmäßiger Bewegung vor allem auf die Gesundheit von älteren Personen hervorhob.

Das österreichische Gesundheitswesen sei zwar gut im Heilen, aber bei der Prävention hänge es hinterher, urteilte der Vorsitzende der ÖVP-Bundesratsfraktion Karlheinz Kornhäusl. In den Spitälern gebe es zahlreiche Herausforderungen und Probleme, ebenso wie bei den pflegenden Angehörigen. Obgleich die Regierung in den letzten Jahren gute und wichtige Maßnahmen gesetzt habe, müsse nun die Prävention ausgebaut werden. Von der Pflegelehre erwarte er sich, dass man damit auch junge Leute für die Arbeit am Menschen begeistern könne. Da dies nicht ausreichen werde, müssen seiner Meinung nach aber auch zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland angeworben werden.

Bundesrätin Korinna Schumann (SPÖ/W) richtete ihren Dank an alle Pfleger:innen, die mit Herzblut und Engagement ihre Arbeit machen. Kranke Menschen hätten ein Recht auf bestmögliche Versorgung, daher müssten dringend Lösungen für den akuten Personalmangel gefunden werden. Um das Berufsbild zu attraktiveren, müsse vor allem bei den Arbeitsbedingungen angesetzt werden. Außerdem machte sie sich dafür stark, dass mehr Männer den Pflegeberuf ergreifen. Wichtig wäre zudem ein großflächiger Ausbau der mobilen Dienste. Die Appelle an gesunde Ernährung und Fitness seien zwar richtig, aber viele Menschen könnten sich aufgrund der Teuerung kaum mehr etwas leisten.

Von einem dringenden Handlungsbedarf in vielen Bereichen der Pflege sprach auch Andrea Schartel (FPÖ/St). Betroffene sollten nicht leiden müssen, nur weil etwa die Ressourcen für Krankentransporte nicht vorhanden seien. An finanzieller Unterstützung fehle es etwa auch bei Inkontinenzprodukten oder Krankbetten für die häusliche Pflege. Eine Stärkung wünschte sie sich zudem für die Versorgung im allgemeinmedizinischen Bereich, zumal die Hausärzt:innen die wichtigsten Partner:innen von zu Pflegenden und pflegenden Angehörigen seien. Viel abgewinnen konnte Schartel auch der Ermöglichung von stundenweisen Betreuungsformen, da sich die Mehrheit der Bevölkerung eine 24-Stunden-Betreuung nicht leisten könne.

Claudia Hauschildt-Buschberger (Grüne/O) befasste sich mit der Situation von Menschen in stationärer Pflege, die oft unter mangelnder Selbstbestimmung leiden würden. Früher habe es den gesellschaftlichen Anspruch nach Autonomie gegeben, nun würde es bei der stationären Pflege in eine andere Richtung gehen, bedauerte sie. Nicht die Institutionen müssten sich an die Menschen anpassen, sondern die Menschen an die Institutionen. Es müssten wieder vermehrt die Bedürfnisse der Pflegenden in den Mittelpunkt gerückt und Begegnungen auf Augenhöhe sichergestellt werden. Die Menschen hätten das Recht, trotz Krankheit und Gebrechen ein lebenswertes Leben zu führen, appellierte sie an die Achtung der Menschenwürde.

5.4 Abschiedsrede Bundesratspräsident Günter Kovacs

In seiner Abschiedsrede zog Bundesratspräsident Günter Kovacs Bilanz über ein ereignisreiches Halbjahr und dankte den Bundesratsmitgliedern für ein respektvolles Miteinander und ein hohes Maß an Grundkonsens.

Für das Parlament seien die vergangenen Monate besonders bedeutend gewesen, sagte Kovacs in seiner Rede. Er blickte auf die zahlreichen Aktivitäten zurück, die es seit der Wiedereröffnung des neu sanierten Parlamentsgebäudes gab und zu denen eine große Zahl an Besucherinnen und Besuchern begrüßt werden konnte. Das enorme Interesse am generalsanierten Parlament sei sehr beeindruckend, so Kovacs, denn es zeige, dass die weitere Öffnung des Hauses angenommen werde. Dies sei ein Zeichen für eine lebendige Demokratie und für die Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, dass die Angebote zur Demokratiebildung gerade von jungen Menschen gerne genutzt werden.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in den letzten Jahren rund 136.000 Kinder und Jugendliche an der Demokratiewerkstatt teilnahmen. Auch bei weiteren Veranstaltungen wie dem Jugendparlament oder dem Festakt zum Europatag konnten in den vergangenen Monaten viele junge Menschen im Parlament begrüßt werden, ergänzte er. Diese Entwicklung nannte er „besonders positiv“, denn Demokratiebildung sei das Fundament für die Zukunft in unserem Land. Als einen der Höhepunkte seiner Präsidentschaft hob Kovacs die parlamentarische Enquete hervor, die das Motto des burgenländischen Vorsitzes – „Pflege und Gesundheit – wohnortnah, qualitativ und leistbar sicherstellen“ – ausführlich beleuchtet habe. Es herrsche große Einigkeit, dass im Bereich der Pflege viele Verbesserungen notwendig seien, betonte Kovacs einmal mehr.

6. Kärntner Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2023



© Traussnig

Mit 1. Juli 2023 hat die Länderkammer eine neue Vorsitzende aus Kärnten. In ihrer Antrittsrede machte sie sich für bessere Perspektiven und mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche stark.

Kärnten hatte im zweiten Halbjahr 2023 turnusmäßig den Vorsitz in der Länderkammer inne. Claudia Arpa (SPÖ) ist Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Frantschach-St. Gertraud und seit April 2023 Bundesrätin. Sie folgte ihrem Parteikollegen Günther Kovacs aus dem Burgenland an der Spitze des Bundesrats nach.

Arpa strich in ihrer Antrittsrede hervor, dass der Bundesrat nun erstmals in seinem Bestehen von drei Frauen geführt wird. Das Präsidium besteht im zweiten Halbjahr 2023 neben Arpa aus den beiden Vizepräsidentinnen Margit Göll (ÖVP/NÖ) und Doris Hahn (SPÖ/NÖ). Für die Bundesratspräsidentin ist dies ein wichtiges Zeichen für Gleichberechtigung und könne als Vorbild dienen, damit Mädchen sich politisch engagieren. Dass das Präsidium erstmals rein weiblich besetzt ist, zeige aber auch, dass die Gleichstellung von Frauen noch immer nicht selbstverständlich ist.

Kinder und Jugendliche im Fokus der Präsidentschaft

Claudia Arpa stellte ihre Präsidentschaft unter das Motto „Kindern Perspektiven geben“. Denn es sei noch immer Fakt, dass manche junge Menschen hoffnungsvoller in die Zukunft blicken können als andere. Ihr sei es wichtig, junge Menschen wieder mitzunehmen und mit ihnen und für sie das Land chancenreicher und lebenswerter zu machen. Als wichtigen Hebel dafür nannte Arpa den freien Zugang zu Bildung. Auch für sie selbst sei dadurch der Grundstein dafür gelegt worden, dass sie heute Bundesratspräsidentin sei. Der Weg zu einem Zugang zu Bildung und Universitäten, unabhängig von der Herkunft und Bildung der Eltern, sei noch nicht zu Ende. In den vergangenen Jahrzehnten sei man gar das eine oder andere Mal falsch abgebogen oder ein Stück zurückgegangen, kritisierte die Vorsitzende der Länderkammer.

In Zeiten vielfältiger Krisen müssten nun Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Beschäftigte in schlecht bezahlten Berufen wieder bei der Bildung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sparen, gab Arpa zu bedenken. Die Erfahrung von Armut und die dadurch erlebten Ungleichheiten

würden Kinder ihr ganzes Leben lang prägen. Sie würden sich in der Bildung, im Gesundheitswesen und in der Arbeitswelt fortsetzen. „Armut wird in Österreich vererbt und das dürfen wir nicht zulassen“, betonte Arpa. Jede Investition in die Jugend mache sich später um ein Vielfaches bezahlt, zeigte sie sich überzeugt.

Gemeinsam an Chancengleichheit arbeiten

Die Bundesratspräsidentin plädierte deshalb dafür, gemeinsam dafür zu sorgen, das Leben der Familien in Österreich so zu gestalten, dass alle Kinder und Jugendlichen mit den gleichen Chancen aufwachsen können. Denn Armutserlebnisse würden auch zu mangelndem Vertrauen in Gesellschaft und Demokratie führen. Benachteiligung und Ausgrenzung würden auch weniger Teilnahme an den demokratischen Prozessen bedeuten. „Wir dürfen unsere jungen Menschen in Österreich nicht an die Armut verlieren, sondern wir müssen sie für die Demokratie begeistern“, sagte sie. Die Demokratie brauche selbstbewusste Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich für ein gutes Miteinander einsetzen.

Mit Verweis auf den Slogan „Unsere Kinder sind unsere Zukunft“ strich Arpa auch die Rolle des Bundesrats als „Zukunftskammer“ hervor. Für sie sei der Bundesrat als zweite Kammer unerlässlich. Dass die Bevölkerung das auch so wahrnehme, liege entscheidend an den Mitgliedern selbst. Arpa rief daher zu einem respektvollen Umgang miteinander auf und kündigte an, das Gemeinsame über das Trennende stellen zu wollen. Sie wolle gemeinsam daran arbeiten, dass die Kinder eine positive Zukunft haben, betonte sie abschließend.

6.1 Bundesratspräsidentin Arpa zum Tag der Kinderrechte



© Parlamentsdirektion / Katie-Aileen Dempsey

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa nimmt den Tag der Kinderrechte zum Anlass, um auf die vielfältige Lebensrealität von Kindern hinzuweisen und unterstreicht die Notwendigkeit, Kinder- und Jugendagenden vermehrt in den politischen Fokus zu nehmen.

„Es muss unsere wichtigste Zielsetzung sein, sich der jungen Generation verstärkt zuzuwenden und gemeinsam für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Bildung als Basis für ein gutes Leben, Armutsbekämpfung und Mitbestimmung der jungen Generation muss in die politische Beschlusslage einfließen. Die Investitionen in jungen Jahren ermöglichen nicht zuletzt eine solide Basis im späteren Leben der Menschen“, ist Arpa überzeugt. Unter dem Bundesratsvorsitz von Arpa wurde im Oktober eine parlamentarische Enquete zum Thema "Kindern Perspektiven geben" abgehalten, die sich der Bekämpfung von Armut, chancengerechter Bildung und Zukunftsperspektiven von Kindern gewidmet hat. Auch der "Tag des Bundesrates" am 27. November wird sich dem Thema Kinderrechte widmen.

Arpa verweist ferner auf das Kinderrecht Mitbestimmung. Laut UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder bei allen Entscheidungen, die sie betreffen, nach ihrer Meinung gefragt werden. Kinder dürfen ihre Meinung frei heraus sagen und diese ist ihrem Alter und ihrer Reife entsprechend zu berücksichtigen (Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention, Berücksichtigung des Kindeswillens). „Es liegt an uns, die junge Generation in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubeziehen. Wir müssen Meinungen und Anliegen ernst nehmen, um so die nächste Generation für die Teilhabe am demokratischen Entscheidungsprozess gewinnen zu können“, so Arpa.

Neben Bildung, Mitbestimmung und sozialer Sicherheit empfiehlt die Bundesratspräsidentin, auch vermehrt den Klimaschutz in der UN-Kinderrechtskonvention aufzunehmen. „Die junge Generation zeigt uns mit Nachdruck den Wert der Umwelt als hohes Gut, das wir auch nächsten Generationen in einem intakten Zustand hinterlassen wollen“, so Arpa.

6.2 Enquete „Kindern Perspektiven geben“



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Unter dem Motto „Kindern Perspektiven geben – unbeschwert, chancenreich und demokratisch erwachsen werden“ hielt heute der Bundesrat eine Enquete im Parlament ab. Nach der Eröffnung durch Bundesratspräsidentin Claudia Arpa hielten der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser und die Leiterin des Momentum Instituts Barbara Blaha die Keynotes. Ergänzend zu drei Panels befasste sich im zweiten Teil EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji in einem Impulsreferat mit den Herausforderungen für Kinder und junge Menschen.

Die anwesenden Expert:innen würden heute unterschiedliche Perspektiven erläutern, die für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik wesentlich sind, so Bundesratspräsidentin Arpa in ihrer Begrüßung. So entscheide Bildung ganz zentral über das berufliche und wirtschaftliche Fortkommen junger Menschen. Daher müsse Benachteiligungen in diesem Bereich möglichst früh entgegenwirkt werden. Es brauche einen chancengerechten Zugang zu Bildung und ein wirtschaftlich stabiles Umfeld für Kinder, zumal Armut Kinder ein Leben lang präge, betonte die Bundesratspräsidentin. Die Auswirkungen von Armut würden nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe junger Menschen betreffen. Darüber hinaus müsse für Kinder und Jugendliche auch die Teilhabe am demokratischen Prozess unterstützt und gefördert werden.

Landeshauptmann Peter Kaiser als Vertreter des derzeit vorsitzführenden Bundeslandes Kärnten wies darauf hin, dass eine Bedrohung durch Armut das genaue Gegenteil von Kindeswohl darstelle. Das Thema Armut habe aber im politischen Bewusstsein an Bedeutung verloren oder zumindest nicht jenen Stellenwert, den es eigentlich haben müsse. Die entscheidende Theorie sei, dass Kinderarmut zu Benachteiligung, zur Verfestigung von Ungleichheit, zu gesundheitlicher Beeinträchtigung sowie zu Exklusion in vielen gesellschaftlichen Bereichen führe. Die negativen Begleiterscheinungen der Armut wirken sich ein Leben lang aus, so Kaiser. Zugleich würden der Gesellschaft enorme Potenziale entgehen. Ein einziger Euro an Maßnahmen in Kinderbildung bringe den zehnfachen bis sechzehnfachen Nutzen, hob der Kärntner Landeshauptmann hervor. Er pochte darauf, dass es Aufgabe der Politik sei, dort einzugreifen, wo Armut beginnt. Obwohl Österreich eines der reichsten Länder der Erde sei,

befinde sich jedes fünfte Kind an oder unter der Armutsgrenze. Auch wenn der Sozialstaat - als eine der größten Errungenschaften der Geschichte - die Armutgefährdung mildere, gebe es angesichts dieser immer noch hohen Zahl dringende politische Maßnahmen zu setzen. Kaiser wies dazu unter anderem auf Ansätze wie mehr Verteilungsgerechtigkeit, auch beim Thema Erbschaften, hin.

Armut mache unsichtbar und man rede in diesem Land nicht gern darüber, meinte die Leiterin des Momentum Instituts, Barbara Blaha. Sie erachtete dabei Österreich als Klassengesellschaft, die so tut, als wäre sie keine. Blaha kritisierte eindringlich, dass es einem der reichsten Länder nicht gelinge, die Armut abzuschaffen. Ähnlich wie Kaiser meinte sie, dass Armut am effektivsten bereits im Kindergarten abgefangen werden könne. Jeder Euro komme hier vielfach zurück, so Blaha. Wer keine Kindergärten baue, schade der Familie mehrfach und generationenübergreifend – bis hin zur geringen Pension von Frauen.

Bildung ist aus Sicht der Momentum-Institutsleiterin zudem der größte Hebel im Sozialen und bei der Gesundheit. Menschen mit höherer Bildung seien und fühlten sich weniger krank und leben länger, so Blaha. Das Angebot an Kinderbetreuung habe sich in Österreich allerdings seit den 1980er Jahren nur verdoppelt, während es in anderen europäischen Ländern bis zum Siebenfachen angestiegen sei. Neben einem "beschämend schlechten" Betreuungsschlüssel habe Österreich außerdem nur eine minimale Steigerung bei der Ganztagsbetreuungsquote.

„Eine wirksame Armutsbekämpfung ist institutionell, nicht individuell“, betonte Blaha. Die Hebel zur Armutsbekämpfung seien alle vorhanden, aber in Österreich würden sie nicht "gedrückt". Kinderarmut werde in Österreich bewusst in Kauf genommen, so ihre weitere Kritik. Vielmehr werde den Menschen in Armut die Schuld dafür ihnen selbst zugeschoben. Indem alles dem Leistungsprinzip untergeordnet werde, stelle die Armut als "Funktion im Kapitalismus" auch ein Disziplinierungsinstrument dar.

Im zweiten Teil der Enquete des Bundesrats zum Thema "Kindern Perspektiven geben – unbeschwert, chancenreich und demokratisch erwachsen werden" stellte EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji Herausforderungen für Kinder und junge Menschen in den Mittelpunkt seines Impulsreferats. Anschließend resümierten die Fraktionsvorsitzenden der Länderkammer in ihren Statements ihre Überlegungen und Positionen zu den Perspektiven für Kinder.

In drei Panels fand außerdem ein Austausch mit Expert:innen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft statt. Im Fokus standen dabei die Bildung als Basis für ein gutes Leben, der Ansatz "Armut bekämpfen – Zukunft möglich machen" sowie das Thema „Mit und für junge Menschen Zukunft bauen – Demokratie und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen“.

Zu stellen sei eigentlich die Frage, was Kinder wollen, meinte EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji in seinem Impulsreferat. Aus seiner Sicht sei das genauso wie bei Erwachsenen der Wunsch, ein gelungenes Leben zu führen. Es seien jedenfalls nicht die Kinder, die "repariert" werden müssen, die seien gut genug. Vielmehr hätten Kinder und Jugendliche immer dann ein Problem, wenn die erwachsenen Bezugspersonen überfordert sind, sie viel zu früh Verantwortung übernehmen müssen und in ihrer Entwicklung "anstehen". Auch Glaubenssätze wie etwa "dem Kind soll es einmal besser gehen", die die Eltern nicht abgelegt hätten, würden Kinder noch mehr unter Druck setzen. Kritisch zu bewerten ist aus Sicht von Mahlodji auch das Notensystem, zumal Kinder nicht unterscheiden könnten, ob eine Schulnote nur die Leistung oder auch die Persönlichkeit betrifft. Viele Jugendliche hätten aus all diesen Gründen kaum noch Selbstwert, die Depressionsfälle seien nicht erst seit Corona hoch.

Es müsse in der Gesellschaft dafür gesorgt werden, in eine Vorbildfunktion zu kommen und Lehrer:innen und Familien und damit die Kinder zu entlasten. Demgegenüber stehe aber, dass alle unter Stress stehen, Lehrer:innen mit Berufsorientierungsfragen komplett alleine gelassen würden oder dass Kindergärten durch zu viel Administration belastet seien. Die jungen Menschen von heute

sind die Erwachsenen von morgen, betonte Mahlodji. Menschen müssen eine Fehlerkultur entwickeln können – jemand, der nur Einser im Zeugnis habe, mache aber keine Fehler. Aus Sicht von Mahlodji lautet eine Empfehlung, Kindern Tools beizubringen, wie sie resilient werden und mit Stress umgehen können, anstatt ihnen Vorgaben "einzubläuen".

Themen der Fraktionen von Kindergartenmilliarde über Teuerung bis Corona und soziale Mobilität

So unterschiedlich die Zugänge sein mögen, so sehr sei es das gemeinsame Ziel, Kindern Perspektiven zu geben, meinte der ÖVP-Fraktionsvorsitzende im Bundesrat, Karlheinz Kornhäusl. Jedes Kind in Österreich müsse seinen Weg gehen können. Dabei ist Bildung die "Leiter aus der Armut", betonte Kornhäusl, der darauf hinwies, dass diesbezüglich in den letzten Jahren schon einiges gelungen sei. Er wies beispielsweise auf die „Kindergartenmilliarde“ hin, wiewohl es insgesamt natürlich gelte, "weiterzumachen". Den Wohlstand in Österreich sehe er aber immerhin als Indikator, dass „nicht alles ganz schlecht“ sei.

In unserem reichen Land seien viel zu viele Kinder mit Armut belastet, so die SPÖ-Fraktionsvorsitzende im Bundesrat Korinna Schumann. Die Last für Familien sei besonders durch die Teuerung größer geworden. Sie sprach sich dafür aus, die Preise systematisch zu dämpfen. Ebenso brauche es flächendeckend einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz und neben einer Entlastung der Pädagog:innen eine Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche in der Schule. Es dürfe in diesem Land kein Talent zurückgelassen werden, so Schumann.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FPÖ im Bundesrat, Marlies Doppler, ortet in manchen Bekenntnissen allerdings nur "Worthülsen" im Vergleich dazu, dass in der Corona-Pandemie Schulen geschlossen wurden und den Kindern durch "überzogene" Maßnahmen wertvolle Bildungszeit geraubt worden sei. Die nunmehrige Teuerung bringe darüber hinaus massive finanzielle Einbußen, die auch wieder die Kinder "ausbaden" müssten. Die FPÖ wolle jedenfalls den Eltern die freie Wahlmöglichkeit zwischen Gratiskindergarten oder finanzieller Unterstützung für jene bieten, die Kinder unter drei Jahren selbst betreuen wollen.

Kindern Perspektiven zu bieten sei eine Pflicht, betonte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundesrat, Simone Jagl. Armut mache physisch und psychisch krank und bedeute auch Ausgrenzung. Die soziale Mobilität sei in Österreich sehr gering, so Jagl. Es dauere bis zu vier Generationen, um einer sozial schwachen Stellung zu entkommen. Sie wies auf bereits gesetzte Maßnahmen der Bundesregierung wie etwa die Valorisierung der Familien- und Sozialleistungen hin und nannte darüber hinaus als Vision der Grünen eine „Kindergrundsicherung“. Zudem brauche es mehr Anstrengung und Ernsthaftigkeit im Klimaschutz, denn Kinder hätten ein Recht darauf, dass ihnen eine lebenswerte Welt hinterlassen wird.

6.3 Vertreterinnen der Frauenhäuser zum gemeinsamen Austausch im Parlament



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Die Präsidentin des Bundesrats Claudia Arpa lud Vertreterinnen der Frauenhäuser aus den Bundesländern zum gemeinsamen Austausch ins Parlament. Zentrales Thema der Gespräche war die Sicherstellung der Finanzierung von Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern. Jeder der 26 Femizide im Jahr 2023 und jeder Übergriff an Frauen sei einer zu viel, daher dürfe an der Förderung der Frauenhäuser nicht gespart werden, erklärte die Bundesratspräsidentin.

Bei dem Treffen bestand Einvernehmen darüber, dass mehr Mittel in die Gewaltprävention fließen müssen und mehr gesellschaftspolitische Maßnahmen gesetzt werden sollen. Die Einsetzung von Gewaltschutzbeiräten in den Bundesländern wäre dafür ein ebenso begrüßenswertes Instrument, wie auch der Schutz von Gewalt betroffenen Kindern und Jugendlichen ausgebaut werden sollte, so Arpa. Es brauche nicht nur Opferschutzeinrichtungen, sondern vor allem Maßnahmen und strukturelle Veränderungen, die verhindern, dass es überhaupt zu Gewalt an Frauen kommt.

Abschließend erinnerte Arpa an die Gründung der ersten Frauenhäuser vor 45 Jahren und verwies auf die Auslastung der Schutzstelle von Beginn an. Frauenhäuser seien heute aus der Landschaft sozialer Einrichtungen nicht mehr wegzudenken. Die Aufgaben seien nicht weniger geworden und die Unterstützung der Schutzhäuser dringender denn je, betonte Arpa.

6.4 Abschiedsrede Bundesratspräsidentin Claudia Arpa



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Die scheidende Bundesratspräsidentin Claudia Arpa blickte auf ihren Vorsitz im zweiten Halbjahr 2023 zurück. Mit ihrem Schwerpunkt „Kindern Perspektiven geben“ habe sie einen Kontrapunkt zu den zahlreichen Krisen gesetzt, mit denen sich junge Menschen aktuell konfrontiert sehen, zeigte sie sich überzeugt.

Eine der politischen Prioritäten in der heutigen Zeit müsse auf der Bildung liegen, so die Bundesratspräsidentin. Um schon früh jeder Chancenungleichheit entgegenzuwirken gelte es, das Bildungssystem weiter auszubauen und insbesondere in Kindergärten zu investieren. Arpa hob zudem die Arbeit des Parlaments in der Demokratiebildung hervor. Mit der Demokratiewerkstatt, dem Demokratikum, dem Jugendparlament und den Führungen für Schüler:innen werde viel getan, um Kindern und Jugendlichen Demokratie und ihre Grundsätze näher zu bringen.

Auch der Armut und dadurch bedingten Ausgrenzung von jungen Generationen müsse man entgegentreten, so Arpa. Daher habe sie den Perspektiven junger Menschen eine umfassende Enquete gewidmet. Auch beim Tag des Bundesrats zum Thema Kinderrechte sei die Bekämpfung von Kinderarmut im Mittelpunkt gestanden.

Wenn es um Perspektiven für die Jugend gehe, sei auch die europäische Dimension von Bedeutung, wies die Bundesratspräsidentin auf die notwendige Zusammenarbeit in der EU hin. Herausforderungen wie der Klimaveränderung, der Transformation am Arbeitsmarkt, der die gerechte Verteilung von Ressourcen oder der Energietransformation werde man schließlich nur gemeinsam begegnen können. Es gelte deshalb, gemeinsam an dem "großen Haus der EU" weiter zu bauen.

Arpa hob den fast immer wertschätzenden Umgang unter den Bundesrät:innen hervor, betonte aber auch die besondere Verantwortung, derer sich die Parlamentarier:innen bewusst sein müssten. „Begegnen wir uns mit Respekt und stehen wir gemeinsam für umfassende Demokratie und den Schutz unserer Rechtsstaatlichkeit ein!“, ersuchte sie ihre Kolleg:innen.

7. Anfragen des Bundesrates 2023

19.12.2023	J-BR	<u>Eisenbahnkreuzungen in der Steiermark (BMK) - beantwortet durch (3823/AB-BR/2023</u>	<u>4126/J-BR/2023</u>
18.12.2023	J-BR	<u>Ermittlungsverfahren gegen Grazer KFG-Gemeinderat Michael Winter (BMJ) - beantwortet durch (3822/AB-BR/2023</u>	<u>4127/J-BR/2023</u>
07.12.2023	J-BR	<u>umfassendes Reformpaket für leistbares Wohnen (BKA) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4134/J-BR/2023</u>
05.12.2023	J-BR	<u>Sachbeschädigungen und Diebstähle auf Österreichs Friedhöfen (BMI) - beantwortet durch (3821/AB-BR/2023</u>	<u>4124/J-BR/2023</u>
04.12.2023	J-BR	<u>Behinderte werden ausgesperrt - Schließung von EuroKey-Anlagen (BMSGPK) - beantwortet durch (3820/AB-BR/2023</u>	<u>4125/J-BR/2023</u>
01.12.2023	J-BR	<u>Gesetzeswidrige Sachspenden an die Regierungsfractionen? (BMAW) - beantwortet durch (3818/AB-BR/2023</u>	<u>4122/J-BR/2023</u>
01.12.2023	J-BR	<u>Gesetzeswidrige Sachspenden an die Regierungsfractionen? (BMJ) - beantwortet durch (3819/AB-BR/2023</u>	<u>4121/J-BR/2023</u>
20.11.2023	J-BR	<u>Leerstände in Gebäuden des Bundes (BML) - beantwortet durch (3815/AB-BR/2023</u>	<u>4120/J-BR/2023</u>
20.11.2023	J-BR	<u>Leerstände in Gebäuden des Bundes (BMF) - beantwortet durch (3816/AB-BR/2023</u>	<u>4119/J-BR/2023</u>
20.11.2023	J-BR	<u>Ausdünnung des Fachbereichs "Österreichische Geschichte" an der Universität Graz (BMBWF) - beantwortet durch (3817/AB-BR/2023</u>	<u>4118/J-BR/2023</u>
20.11.2023	J-BR	<u>Auwiesen müssen als echtes Naherholungsgebiet wiederhergestellt werden! (BMI) - beantwortet durch (3814/AB-BR/2023</u>	<u>4117/J-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>Verkehre entsprechend des Modal Split zu Gunsten der Bahn zu fördern (BMK)</u>	<u>1952/M-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>Lieferstopp von russischem Gas durch die Ukraine (BMK)</u>	<u>1951/M-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>Klimaziele (BMK)</u>	<u>1950/M-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>finanzielle Rückstellungen wegen möglicher Entschädigungszahlungen an langjährige und erfahrene (Ex-)Mitarbeiter (BMK)</u>	<u>1949/M-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>Umstellung der Wareneinstellung auf Elektro-LKW (BMK)</u>	<u>1948/M-BR/2023</u>
08.11.2023	M-BR	<u>Senkung des Schutzstatus des Wolfes (BMK)</u>	<u>1947/M-BR/2023</u>

08.11.2023	M- BR	<u>Förderung für Erzeugungsanlagen (BMK)</u>	<u>1946/M- BR/2023</u>
08.11.2023	M- BR	<u>Kreislaufwirtschaftsstrategie (BMK)</u>	<u>1945/M- BR/2023</u>
08.11.2023	M- BR	<u>Transitverkehr (BMK)</u>	<u>1944/M- BR/2023</u>
08.11.2023	M- BR	<u>russisches Erdgas (BMK)</u>	<u>1943/M- BR/2023</u>
07.11.2023	J-BR	<u>Studie des Landes Steiermark zum dreispurigen Ausbau der A9 Pyhrnautobahn (BMK) - beantwortet durch (3813/AB-BR/2023</u>	<u>4116/J- BR/2023</u>
05.10.2023	J-BR	<u>Was haben die Grünen gegen Sie in der Hand, Herr Bundeskanzler? (BKA) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4123/J- BR/2023</u>
05.10.2023	J-BR	<u>Versprochen, gebrochen - das Ende der Wiener Zeitung und die unrichtigen Ankündigungen der Medienministerin (BMFFIM) - beantwortet durch (3812/AB-BR/2023</u>	<u>4115/J- BR/2023</u>
12.09.2023	J-BR	<u>Anstieg der Totgeburten im Zuge der Coronapandemie (BMSGPK) - beantwortet durch (3811/AB-BR/2023</u>	<u>4114/J- BR/2023</u>
06.09.2023	J-BR	<u>ÖVP-Freunderwirtschaft im AMS Niederösterreich? (BMAW) - beantwortet durch (3810/AB-BR/2023</u>	<u>4111/J- BR/2023</u>
25.08.2023	J-BR	<u>der Arbeits-, Fahr- und Ruhezeiten vom Personal am Zug (BMAW) - beantwortet durch (3809/AB-BR/2023</u>	<u>4109/J- BR/2023</u>
10.08.2023	J-BR	<u>die hohen psychischen und physischen Belastungen der Gesundheitsberufe (BMSGPK) - beantwortet durch (3808/AB-BR/2023</u>	<u>4108/J- BR/2023</u>
07.08.2023	J-BR	<u>Mitarbeiter der Med Uni Graz dürfen bei Gehaltsreform nicht leer ausgehen! (BMBWF) - beantwortet durch (3807/AB-BR/2023</u>	<u>4110/J- BR/2023</u>
13.07.2023	J-BR	<u>aktueller Klimabericht des IPCC, Climate Change 2022: Impact, Adaption and Vulnerability (15082/J (zurückgezogen) (BMKÖS)</u>	<u>4113/J- BR/2023</u>
13.07.2023	J-BR	<u>aktueller Klimabericht des IPCC, Climate Change 2022: Impact, Adaption and Vulnerability (15082/J (zurückgezogen) (BKA)</u>	<u>4112/J- BR/2023</u>
10.07.2023	J-BR	<u>Bahnstrecke "Jennersdorf - Graz" (BMK) - beantwortet durch (3806/AB-BR/2023</u>	<u>4107/J- BR/2023</u>
27.06.2023	J-BR	<u>Begabungs- und Begabtenförderung an steirischen Schulen (BMBWF) - beantwortet durch (3803/AB-BR/2023</u>	<u>4106/J- BR/2023</u>

27.06.2023	J-BR	<u>Übernahme der Infrastruktur der Graz-Köflacher-Bahn (BMK) - beantwortet durch (3804/AB-BR/2023</u>	<u>4105/J-BR/2023</u>
27.06.2023	J-BR	<u>Krankenkassenbeiträge für Asylwerber in den Jahren 2018 - 2022 (BMI) - beantwortet durch (3805/AB-BR/2023</u>	<u>4104/J-BR/2023</u>
21.06.2023	J-BR	<u>Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten -machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar! (BMJ) - beantwortet durch (3802/AB-BR/2023</u>	<u>4103/J-BR/2023</u>
21.06.2023	J-BR	<u>Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten -machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar! (BMF) - beantwortet durch (3800/AB-BR/2023</u>	<u>4102/J-BR/2023</u>
21.06.2023	J-BR	<u>Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten -machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar! (BMEUV) - beantwortet durch (3801/AB-BR/2023</u>	<u>4101/J-BR/2023</u>
19.06.2023	J-BR	<u>Abschiebung der Familie Lopez aus Haslach (BMI) - beantwortet durch (3799/AB-BR/2023</u>	<u>4100/J-BR/2023</u>
14.06.2023	J-BR	<u>"Queere" Inhaltsvermittlung und "Dragqueen"-Auftritte als Teil des Schulunterrichtes? (BMBWF) - beantwortet durch (3798/AB-BR/2023</u>	<u>4099/J-BR/2023</u>
14.06.2023	J-BR	<u>die von den einzelnen Bundesländern "beantragen" oder angeregten Bundesehrenden (BKA) - beantwortet durch (3797/AB-BR/2023</u>	<u>4098/J-BR/2023</u>
13.06.2023	J-BR	<u>Krankenkassenbeiträge für Asylwerber 2021, 2022 und 2023 (BMSGPK) - beantwortet durch (3796/AB-BR/2023</u>	<u>4097/J-BR/2023</u>
31.05.2023	J-BR	<u>Lebensmittelverschwendung - Quo vadis? (BMJ) - beantwortet durch (3795/AB-BR/2023</u>	<u>4095/J-BR/2023</u>
31.05.2023	J-BR	<u>Lebensmittelverschwendung - Quo vadis? (BMAW) - beantwortet durch (3794/AB-BR/2023</u>	<u>4093/J-BR/2023</u>
30.05.2023	J-BR	<u>Lebensmittelverschwendung - Quo vadis? (BMSGPK) - beantwortet durch (3792/AB-BR/2023</u>	<u>4094/J-BR/2023</u>
30.05.2023	J-BR	<u>Lebensmittelverschwendung - Quo vadis? (BMK) - beantwortet durch (3793/AB-BR/2023</u>	<u>4092/J-BR/2023</u>
16.05.2023	J-BR	<u>Versorgungslage psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher seit 2020 (BMSGPK) - beantwortet durch (3791/AB-BR/2023</u>	<u>4091/J-BR/2023</u>
16.05.2023	J-BR	<u>Klimastreik als schulbezogene Veranstaltung? (BMBWF) - beantwortet durch (3790/AB-BR/2023</u>	<u>4090/J-BR/2023</u>
08.05.2023	J-BR	<u>Barcelona Ziele 2030: Warum werden wir den EU weiten Mindeststandards zur Kinderbildung nicht gerecht? (BMFFIM) - beantwortet durch (3789/AB-BR/2023</u>	<u>4087/J-BR/2023</u>

08.05.2023	J-BR	<u>Barcelona Ziele 2030: Warum werden wir den EU weiten Mindeststandards zur Kinderbildung nicht gerecht? (BMBWF) - beantwortet durch (3788/AB-BR/2023</u>	<u>4086/J-BR/2023</u>
08.05.2023	J-BR	<u>Barcelona Ziele 2030: Warum werden wir den EU weiten Mindeststandards zur Kinderbildung nicht gerecht? (BMAW) - beantwortet durch (3787/AB-BR/2023</u>	<u>4085/J-BR/2023</u>
05.05.2023	J-BR	<u>Barcelona Ziele 2030: Warum werden wir den EU weiten Mindeststandards zur Kinderbildung nicht gerecht? (BMSGPK) - beantwortet durch (3786/AB-BR/2023</u>	<u>4088/J-BR/2023</u>
05.05.2023	J-BR	<u>Corona-Förderungen für steirische Bauernbund-Zeitung (BMF) - beantwortet durch (3785/AB-BR/2023</u>	<u>4084/J-BR/2023</u>
02.05.2023	J-BR	<u>Corona-Förderungen für steirische Bauernbund-Zeitung (BMAW) - beantwortet durch (3784/AB-BR/2023</u>	<u>4083/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Leerstand, Zweitwohnsitz, Wohnkosten - Herr Bundeskanzler, machen Sie das Leben für die Menschen wieder leistbar! (BKA) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4096/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Kinderbildung und Kinderbetreuung für alle - wann handeln Sie endlich, Herr Minister? (BMBWF) - beantwortet durch (3779/AB-BR/2023</u>	<u>4082/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Haben Sie dabei zugesehen, wie Energiekonzerne die Menschen in Österreich ungerechtfertigt abgezockt haben, Herr Bundesminister? (BMAW) - beantwortet durch (3778/AB-BR/2023</u>	<u>4080/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Neuregelung des Schülergelegenheitsverkehrs (BMFFIM) - beantwortet durch (3781/AB-BR/2023</u>	<u>4079/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Neuregelung des Schülergelegenheitsverkehrs (BMF) - beantwortet durch (3777/AB-BR/2023</u>	<u>4078/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>Fortsetzung der Autobahnerweiterung der A9 Pyhrnautobahn (BMK) - beantwortet durch (3780/AB-BR/2023</u>	<u>4077/J-BR/2023</u>
14.04.2023	J-BR	<u>"Klimakleber"-Aktion in der Steiermark (BMI) - beantwortet durch (3782/AB-BR/2023</u>	<u>4075/J-BR/2023</u>
13.04.2023	J-BR	<u>Wo bleibt der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in den Bundesländern? (BMSGPK) - beantwortet durch (3776/AB-BR/2023</u>	<u>4081/J-BR/2023</u>
13.04.2023	J-BR	<u>Medikamenten-Engpässe in der Steiermark (BMSGPK) - beantwortet durch (3775/AB-BR/2023</u>	<u>4076/J-BR/2023</u>

31.03.2023	J-BR	<u>Personalsituation am LKH-Univ. Klinikum Graz (BMBWF) - beantwortet durch (3774/AB-BR/2023</u>	<u>4072/J-BR/2023</u>
30.03.2023	J-BR	<u>Personalsituation am LKH-Univ. Klinikum Graz (BMSGPK) - beantwortet durch (3773/AB-BR/2023</u>	<u>4071/J-BR/2023</u>
27.03.2023	J-BR	<u>Bildungszentrum im Süden von Graz (BMBWF) - beantwortet durch (3772/AB-BR/2023</u>	<u>4070/J-BR/2023</u>
16.03.2023	J-BR	<u>Österreich 2023 – Dringliche Anfrage zur Zukunft von Bundeskanzler Karl Nehammer (BKA) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4089/J-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Frauengesundheit (BMFFIM)</u>	<u>1942/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Rechtsanspruch auf Integrationsmaßnahmen (BMFFIM)</u>	<u>1941/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Millioneneinsparungen im Bereich von ORF und die beschlossene Einstellung der Wiener Zeitung (BMFFIM)</u>	<u>1940/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Teilzeit (BMFFIM)</u>	<u>1939/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Berndorfer Modell (BMFFIM)</u>	<u>1938/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Schülergelegenheitsverkehr (BMFFIM)</u>	<u>1937/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Digitaltransformationsförderung (BMFFIM)</u>	<u>1936/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Integration von Frauen mit Migrationshintergrund (BMFFIM)</u>	<u>1935/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Stärkung der Frauen in Österreich (BMFFIM)</u>	<u>1934/M-BR/2023</u>
16.03.2023	M-BR	<u>Unterstützungsmaßnahmen (BMFFIM)</u>	<u>1933/M-BR/2023</u>
21.02.2023	J-BR	<u>Zeitplan für die Kundmachung der Registerzählung (BMI) - beantwortet durch (3771/AB-BR/2023</u>	<u>4069/J-BR/2022</u>
21.02.2023	J-BR	<u>Entwicklungen bei der Kinderimpfung (BMSGPK) - beantwortet durch (3770/AB-BR/2023</u>	<u>4068/J-BR/2022</u>
20.02.2023	J-BR	<u>Einführung eines Gas- und Strompreisdeckels - wann ist es endlich soweit, Herr Bundeskanzler? (BKA) - beantwortet durch (3769/AB-BR/2023</u>	<u>4067/J-BR/2022</u>
20.02.2023	J-BR	<u>Zeitplan für die Kundmachung der Registerzählung (BMF) - beantwortet durch (3768/AB-BR/2023</u>	<u>4066/J-BR/2022</u>

16.02.2023	J-BR	<u>Kinderbildung und Kinderbetreuung für alle - wann handeln sie endlich, Herr Minister? (BMBWF) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4074/J-BR/2023</u>
16.02.2023	J-BR	<u>Schluss mit Warten auf EU-Lösungen, Frau Edtstadler! Endlich handeln oder Rücktritt! (BMEUV) - Dringliche Anfrage</u>	<u>4073/J-BR/2023</u>
10.02.2023	J-BR	<u>Bezüge der Staatssekretär:innen (BKA) - beantwortet durch (3767/AB-BR/2023</u>	<u>4063/J-BR/2022</u>
30.01.2023	J-BR	<u>Schutzzonen in Grazer Parks (BMI) - beantwortet durch (3766/AB-BR/2023</u>	<u>4061/J-BR/2022</u>
30.01.2023	J-BR	<u>Konsument*innenschutz bei Stromtankstellen: Intransparenz bei der Preisbildung als Blockade für die Verkehrswende (BMSGPK) - beantwortet durch (3765/AB-BR/2023</u>	<u>4059/J-BR/2022</u>
30.01.2023	J-BR	<u>Covid-19 Sonderfreistellung: Wo bleibt der Schutz für Schwangere? (BMAW) - beantwortet durch (3762/AB-BR/2023</u>	<u>4058/J-BR/2022</u>
30.01.2023	J-BR	<u>Covid-19 Sonderfreistellung: Wo bleibt der Schutz für Schwangere? (BMSGPK) - beantwortet durch (3764/AB-BR/2023</u>	<u>4057/J-BR/2022</u>
30.01.2023	J-BR	<u>"Klasse-Job" - Kampagne: Lehrkräfteoffensive auf Kosten der Elementarpädagogik? (BMBWF) - beantwortet durch (3763/AB-BR/2023</u>	<u>4056/J-BR/2022</u>
25.01.2023	J-BR	<u>Stromtankstellen: Intransparenz bei der Preisbildung als Blockade für die Verkehrswende (BMK) - beantwortet durch (3761/AB-BR/2023</u>	<u>4060/J-BR/2022</u>
24.01.2023	J-BR	<u>Truppenbesuch im Fliegerhorst Brumowski mit reiner ÖVP-Delegation (BMLV) - beantwortet durch (3760/AB-BR/2023</u>	<u>4055/J-BR/2022</u>

Tabelle 3: Anfragen des Bundesrates; Quelle: Homepage des österreichischen Parlaments; Anfragen & Beantwortungen

8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2023

	Anzahl
Sitzungen	13
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	1
In Verhandlung genommen:	
Gesetzesbeschlüsse	175
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	10
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	1
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	20
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	6
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	9
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	4
Berichte der Volksanwaltschaft	4
Selbständige Anträge	4
davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	2
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
Eingebracht:	
Schriftliche Anfragen	73
davon Dringliche Anfragen	8

Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	2
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	62
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	1
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	4
Sonstiges:	
Erklärungen von Landeshauptleuten	2
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	2
Aktuelle Stunden	9
Durchführung einer Enquete	2
Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:	
EU-Ausschuss	10
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	1
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	5
Aktuelle Aussprache	2
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	9
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	4
Ausschuss für Familie und Jugend	3
Finanzausschuss	11
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	6
Gleichbehandlungsausschuss	3
	52

Ausschuss für innere Angelegenheiten	5
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	7
Kinderrechteausschuss	2
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	3
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	1
Umweltausschuss	4
Unterrichtsausschuss	6
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	6
Ausschuss für Verkehr	4
Wirtschaftsausschuss	6
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Tabelle 4: Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2022; Quelle: Bundesratsdienst der Parlamentsdirektion; Tätigkeiten des Bundesrates 2023 (parlament.gv.at)